

Presseinformation

**Erinnerung als Auftrag: „Historischer Kalenderdienst“ 2/2023
(März/April/Mai)**

Die 110. Ausgabe des „Historischen Kalenderdienstes“ weist auf Jahrestage ausgewählter historischer Ereignisse in den Monaten Januar, Februar und März hin. Im Jahr 2023 setzt der Kalenderdienst einen Schwerpunkt auf das Jahr 1953, dem Jahr des Volksaufstandes vom 17. Juni in der DDR.

Auf der Homepage <http://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de> finden Sie weiterhin täglich ein historisches Datum in der Rubrik „heute vor ...“ und weitere Ereignisse im historischen Kalendarium. Sollten Sie Fragen zu den angeführten Daten haben, stehen wir Ihnen mit Hintergrundinformationen gerne zur Verfügung. Die nächste Ausgabe des „Historischen Kalenderdienstes“ erscheint am 31. März 2023.

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

Tilman Günther | Fon: 030 31 98 95 225 | E-Mail: t.guenther@bundesstiftung-aufarbeitung.de.

Vor 90 Jahren

23.03.1933	Der SPD-Fraktionsvorsitzende Otto Wels lehnt in einer Rede im Reichstag das von Adolf Hitler vorgelegte Ermächtigungsgesetz ab: „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht“. Alle anwesenden 94 SPD-Abgeordneten stimmen gegen das Gesetz.
------------	---

Vor 80 Jahren

15.05.1943	Die Komintern wird aufgelöst.
------------	-------------------------------

Vor 75 Jahren

12.03.1948	In Rumänien wird die Volksrepublik ausgerufen.
20.03.1948	Der Alliierte Kontrollrat für Deutschland stellt nach Auseinandersetzungen zwischen der UdSSR und den Westalliierten über die Londoner Sechsmächtekonferenz seine Tätigkeit ein.

Vor 70 Jahren

05.03.1953	Der sowjetische Diktator Josef Stalin, der für Unterdrückung, Verfolgung und Massenmorde verantwortlich ist, stirbt im Alter von 73 Jahren an den Folgen eines Schlaganfalls.
06.03.1953	Die westdeutschen Länderchefs beschließen ein vereinfachtes Notaufnahmeverfahren für DDR-Flüchtlinge.
11.03.1953	Der Beirat der Berliner Verkehrs-Betriebe BVG beschließt, dass Ost-Berliner und DDR-Bürger künftig Rückfahrten aus West-Berlin auch mit Ostgeld bezahlen können.
12.03.1953	In Grenznähe zur DDR bei Lauenburg schießen sowjetische Jagdflieger ein britisches Militärflugzeug ab. Dabei kommen fünf Personen ums Leben.
14.03.1953	Sowjetunion: Nach Stalins Tod wird Nikita Chruschtschow zu einem der vier Sekretäre der KPdSU ernannt.
17.03.1953	Auf Beschluss des ZK der SED soll das Wohngebiet des Eisenhüttenkombinats Ost bei Fürstenberg/Oder ab dem 7. Mai in Stalinstadt umbenannt werden.
19.03.1953	Der Bundestag ratifiziert den Deutschlandvertrag über das Ende des Besatzungsstatuts für die Bundesrepublik und den Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG).
19.03.1953	Die DDR-Regierung erlässt eine „Disziplinarverordnung für Richter“, wonach diese die Bürger „zur Bereitschaft beim Aufbau des Sozialismus und der Verteidigung der demokratischen Verteidigung erziehen“ sollen.
25.03.1953	Bundestag verabschiedet Bundesvertriebenengesetz mit Regelungen auch für Flüchtlinge aus der DDR.
27.03.1953	Das Luxemburger Abkommen tritt in Kraft. Danach sichert die Bundesrepublik den jüdischen Opfern des Nationalsozialismus Wiedergutmachungszahlungen zu.
30.03.1953	Jugoslawische Bauern dürfen zwangsweise gebildete Kollektivwirtschaften wieder verlassen und ihr Eigentum behalten.
01.04.1953	Die FDJ-Zeitung „Junge Welt“ bezeichnet die „Junge Gemeinde“ als „Tarnorganisation für Kriegshetze“.
04.04.1953	„Ärzteverschwörung“ in der Sowjetunion: Nach Stalins Tod im März rehabilitiert das sowjetische Innenministerium die im Januar verhaftete überwiegend jüdische Ärztegruppe.
09.04.1953	Entzug der Lebensmittelkarten für „Grenzgänger“, Selbständige und Hausbesitzer in der DDR.
13.04.1953	Das ZK der SED fasst den Beschluss „gegen das Versöhnertum in ideologischen Fragen“; in diesem Zusammenhang werden schwere Vorwürfe gegen Dozenten der Hochschule für Planökonomie erhoben.
14.04.1953	Notaufnahmelager Berlin-Marienfelde von Bundespräsident Theodor Heuss eröffnet.
15.04.1953	Das Politbüro der KPdSU legt dem ZK der SED die Rücknahme des rücksichtslosen Kurses beim Aufbau des Sozialismus in der DDR nahe.
18.04.1953	„Kirchenkampf“ in der DDR: Der Vorsitzende des Zentralrats der FDJ, Erich Honecker, kündigt einen Liquidierungskampf gegen die Junge Gemeinde an, der er staatsfeindliche Aktivitäten vorwirft.
27.04.1953	Das DDR-Innenministerium verbietet die Junge Gemeinde.

02.05.1953	Bischof Dibelius und das Evangelische Konsistorium Berlin- Brandenburg stellen gegen die FDJ-Zeitung „Junge Welt“ wegen verleumderischer Berichterstattung über die kirchliche Jugendarbeit Strafanzeige.
05.05.1953	Anlässlich des 135. Geburtstags von Karl Marx bezeichnet Walter Ulbricht die politische Ordnung der DDR erstmals als Diktatur des Proletariats.
07.05.1953	Das Arbeiterwohngebiet des Eisenhüttenkombinats Ost bei Fürstenberg wird in Stalinstadt umbenannt. Das Werk selbst trägt fortan den Namen „J. W. Stalin“.
10.05.1953	Chemnitz wird in „Karl-Marx-Stadt“ umbenannt.
13.05.1953	Franz Dahlem wird im Zusammenhang mit dem Slánský-Prozess in Prag aus Politbüro und ZK der SED als „Zionist“ ausgeschlossen.
14.05.1953	Das ZK der SED beschließt „die Erhöhung der Arbeitsproduktivität und die Durchführung strengster Sparsamkeit“.
27.05.1953	Die Flüchtlingswelle aus der DDR steigt sprunghaft an: In West-Berlin treffen an einem Tag fast 4.000 Flüchtlinge ein.
28.05.1953	Auf Beschluss des ZK der SED ordnet der DDR-Ministerrat eine Erhöhung der Arbeitsnormen um 10,3 Prozent an.
28.05.1953	Sowjetische Kontrollkommission in Deutschland aufgelöst, stattdessen Schaffung eines Hohen Kommissars zur Überwachung der Tätigkeit der DDR-Staatsorgane.
31.05.1953	Tschechoslowakei: Nach der Bekanntgabe einer Währungsreform im Radio treten spontan rund 17.000 Arbeiter der Skoda-Werke Plzeň in Streik.

Vor 65 Jahren

18.03.1958	Sowjetunion: Etwa 4.300 Leningrader Studenten wurden laut einer Meldung der Komsomolskaja Prawda wegen ihrer kritischen Haltung zur Niederschlagung des Ungarn-Aufstands von den Hochschulen verwiesen.
24.05.1958	Warschauer Pakt beschließt Abzug sowjetischer Truppen aus Rumänien.
28.05.1958	Durch Beschluss der Volkskammer werden in der DDR die letzten Lebensmittelkarten abgeschafft.
28.05.1958	Sowjetunion: Unter Stalin verfilmte Musikstücke von Schostakowitsch, Chatschaturjan und Prokofjew werden wieder zugelassen.

Vor 60 Jahren

08.03.1963	Die Konferenz der Kirchenleitungen der DDR verabschiedet die „Zehn Artikel über Freiheit und Dienst der Kirche“ über den Auftrag und den Standort der Kirche im sozialistischen Staat.
01.04.1963	Nach dem drastischen Rückgang der Flüchtlingszahlen aus der DDR durch den Mauerbau gibt es nun nur noch in Gießen ein zentrales Notaufnahmelager.
04.04.1963	Das ZK der tschechoslowakischen KP enthebt mehrere Stalinisten ihrer Ämter und rehabilitiert früher politisch Verfolgte. Neuer Erster Parteisekretär der slowakischen KP wird Alexander Dubček.
07.04.1963	Jugoslawisches Parlament verabschiedet einstimmig neue Verfassung, Jugoslawien wird zur sozialistischen Bundesrepublik, Tito zum Präsidenten auf Lebenszeit ernannt.
11.04.1963	Veröffentlichung der Enzyklika „Pacem in terris“ von Papst Johannes XXIII. über Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Staatsformen.
14.05.1963	Die „Arbeiter- und Bauerninspektion“ (ABI) wird im Rahmen des „Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung“ (NÖS) als „Gesellschaftliches Kontrollorgan“ in der DDR gegründet.
27.05.1963	Tschechoslowakei: Internationale Kafka-Konferenz in Liblice markiert das Ende der kulturellen Isolation.

Vor 55 Jahren

04.03.1968	Tschechoslowakei: Die Dubček-Führung veranlasst die Aufhebung der Pressezensur und gibt damit ihr Parteimonopol über die Massenmedien auf. Die rechtliche Aufhebung im Parlament folgt im Juni.
08.03.1968	März-Unruhen in Polen: In Warschau werden die seit Januar währenden Studentenproteste gegen die Absetzung des Stücks „Die Totenfeier“ brutal von der Staatsmacht beendet. Es folgen landesweite Unruhen.

10.03.1968	Tschechoslowakei: 3.000 Studenten demonstrieren am Grab des früheren Außenministers Jan Masaryk, der bei der kommunistischen Machtergreifung 1948 unter ungeklärten Umständen ums Leben kam.
18.03.1968	DDR-Journalisten wird verboten, die tschechoslowakische Botschaft und das Haus der tschechoslowakischen Kultur in Ost-Berlin zu besuchen und über das Land zu berichten. Privat- und Geschäftsreisen in die ČSSR werden verboten.
19.03.1968	März-Unruhen in Polen: Vor dem Hintergrund der antisemitischen Kampagne, die sich gegen die protestierenden Studenten und Intellektuellen richtet, fordert Parteichef Gomułka die polnischen Juden zur Emigration auf.
23.03.1968	Auf dem als „Wirtschaftskonferenz“ getarnten Treffen der Warschauer-Pakt-Staaten Sowjetunion, Polen, DDR, Ungarn, Bulgarien und Tschechoslowakei in Dresden wird Dubček zur Beendigung seiner Reformpolitik aufgefordert.
05.04.1968	Tschechoslowakei: Die KPČ verabschiedet unter dem Titel „Der Weg der Tschechoslowakei zum Sozialismus“ ein Aktionsprogramm, das Dubčeks Vorstellungen eines „Kommunismus mit menschlichem Antlitz“ verwirklichen soll.
06.04.1968	Nach monatelanger SED-Kampagne wird der Volksentscheid über die zweite DDR-Verfassung abgehalten. Es werden wesentlich mehr Gegenstimmen und Enthaltungen bekannt gegeben (94,49 Prozent stimmen mit „Ja“) als bei den Volkskammerwahlen.
09.04.1968	Die nach dem Vorbild osteuropäischer Volksdemokratien entwickelte zweite DDR-Verfassung tritt in Kraft. Darin wurde die führende Rolle der SED verankert, die nun auch durch Wahlen nicht mehr aus der Regierung zu entfernen ist.
16.04.1968	Ulbricht kritisiert in einer Besprechung mit dem tschechoslowakischen Botschafter Kolář die öffentliche Rehabilitierung der Opfer der Repression der 1950er-Jahre: „Warum müssen Sie die Toten ausgraben?“
21.04.1968	Sowjetunion: In Chirchiq in Usbekistan wird eine friedliche Demonstration der 1944 deportierten Krimtataren, die ein Rückkehrrecht auf die Krim fordern, von der Polizei gewaltsam aufgelöst. 300 Menschen kommen in Haft.
30.04.1968	In der Sowjetunion erscheint die erste Ausgabe des Samisdat-Bulletins „Chronik der laufenden Ereignisse“, herausgegeben von Akteuren der Protestbewegung gegen politische Verfolgungen.
08.05.1968	Auf einem Geheimgespräch in Moskau diskutieren die „Warschauer Fünf“, die Parteichefs der Sowjetunion, der DDR, Polens, Ungarns und Bulgariens, die Lage in der ČSSR. Ulbricht nennt Dubček einen „hoffnungslosen Fall“.
12.05.1968	Im Smetana-Saal des Prager Repräsentationshauses wird das alljährlich stattfindende Klassikfestival „Prager Frühling“ mit einem Festkonzert eröffnet. Es prägt den Begriff „Prager Frühling“ mit.
30.05.1968	Die in Teilen aus dem 15./16. Jahrhundert stammende Leipziger Universitätskirche wird trotz Protesten aus der Bevölkerung auf Weisung der SED gesprengt.

Vor 50 Jahren

08.03.1973	In einer ersten offiziellen Stellungnahme in der FDJ-Zeitung „Junge Welt“ lehnt die DDR Wiedergutmachungszahlungen für Israel ab.
11.05.1973	Der Deutsche Bundestag ratifiziert den Grundlagenvertrag mit der DDR.
19.05.1973	„Königswalder Friedensseminare“ gegründet.
21.05.1973	Albanien: Im Straflager für politische Gefangene Spaç kommt es zum Aufstand. Es wird eine Flagge ohne den kommunistischen Stern gehisst. Nach drei Tagen wird der Aufstand blutig niedergeschlagen.

Vor 45 Jahren

06.03.1978	Gespräch Erich Honeckers mit dem Vorstand des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR führt zu einer Einigung bei der Altersversorgung der Pfarrer, Erleichterungen für kirchliche Kindergärten und monatlichen Sendezeiten in Funk und Fernsehen.
30.03.1978	Als erster westlicher Regierungschef besucht der österreichische Bundeskanzler Bruno Kreisky die DDR.
24.04.1978	Tschechoslowakei: Gründung des Komitees zur Verteidigung der zu Unrecht Verfolgten (Výbor na obranu nespravedlivě stíhaných, VONS).

Vor 40 Jahren

05.03.1983	In Ost-Berlin findet das erste Treffen des oppositionellen Netzwerkes „Konkret für den Frieden“ in der DDR statt.
07.03.1983	Der in die Bundesrepublik geflüchtete DDR-Fußballspieler Lutz Eigendorf stirbt an den Folgen eines Autounfalls, bei dem die Beteiligung der Staatssicherheit vermutet wird.
08.03.1983	Friedensgemeinschaft Jena meldet erste offizielle und kirchlich unabhängige Gedenkdemonstration zum Jahrestag der Bombardierung Jenas an. Der Antrag wird unter Hinweis auf die offizielle Veranstaltung an diesem Tag abgelehnt.
13.04.1983	In Rumänien wird aus Angst vor Flugblättern der Besitz und Gebrauch von Schreibmaschinen eingeschränkt.
28.04.1983	Erich Honecker sagt seinen geplanten Besuch in der Bundesrepublik nach den Spannungen aufgrund des Todes zweier bundesdeutscher Transitreisender an Grenzübergangsstellen der DDR ab.
12.05.1983	Mitglieder der westdeutschen Grünen, darunter Petra Kelly und Gert Bastian, demonstrieren auf dem Ost-Berliner Alexanderplatz für Abrüstung in Ost und West und werden von der Polizei abgeführt.
18.05.1983	MfS-Aktion gegen die Jenaer „Friedensgemeinschaft“ beginnt; 40 Mitglieder werden in den Westen abgeschoben.

Vor 35 Jahren

14.03.1988	Während der Leipziger Frühjahrsmesse kommt es unter den Augen westlicher Journalisten nach einem Friedensgebet in der Nikolaikirche zu einer Demonstration mit rund 100 Teilnehmern in der Innenstadt.
23.04.1988	Zweitägiges Seminar im Stendaler Dom über Gefahren der Atomkraft beginnt; Sicherheitskräfte verhindern Demonstration. Seit 1982 befindet sich das Kernkraftwerk Stendal im Bau.
15.05.1988	Der sowjetische Truppenabzug aus Afghanistan beginnt.

Vor 30 Jahren

31.03.1993	Verfassungsbeschwerde abgelehnt: Die Bewährungsstrafe gegen Dresdens Ex-Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer wegen Wahlfälschung wird rechtskräftig.
------------	--

Vor 25 Jahren

04.04.1998	Der Ost-P.E.N. stimmt dem Verschmelzungsvertrag mit West-P.E.N. zu, am 15.05. billigt der West-P.E.N. die Fusion der beiden Autorenverbände.
15.04.1998	Ein DDR-Grenzkommandeur wird wegen Totschlags an zwei Flüchtlingen vor dem Berliner Landgericht zu zwei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt. In dem Prozess wurde der Tod einer 18-jährigen Frau und des 25-jährigen Michael Bittner verhandelt.

Vor 20 Jahren

10.04.2003	Zwei Ex-MfS-Offiziere freigesprochen: Die Ermordung Michael Gartenschlägers am 30. April 1976 bleibt ungesühnt.
------------	---